

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Druckerei: 23 241
Für den Verleger: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 11paltige 37 mm breite Seite 2 M. Auf Samstagsausgaben, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 paltige An- u. Verkäufe 25%. Bezugsgebühren laut Tarif. Unvollständige Aufträge gegen Vorzuspeicherung. Einzelnnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Heyß & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit beifolgender Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Rücksendungen werden nicht aufbewahrt.

Kaffee-Kasino
Die beliebtesten Künstler-Konzerte
im **Trianon**: Rudy, Wiener Stimmungssänger zur Zither

Große
Möbel-Ausstellung
Altmarkt **Rorb & Co.** Herzfeldhaus

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Eine neue Rede Briands.

Paris, 25. Mai. Der heutige vierte Tag der Debatte der Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer begann mit einer Rede des Abgeordneten Roblemaire, der an erster Stelle die Lage in Oberschlesien besprach. Es sei gut, wenn alle Welt wisse, daß Deutschland stets begriff, wenn man laut und vernünftig mit ihm spreche. Das müßten auch die Engländer verstehen. Aber vielleicht handele es sich hier um eine vorübergehende Lösung. Man müsse die verschiedenen Zwischenfälle in Betracht ziehen, die die Politik Deutschlands seit zwei Jahren charakterisieren und immer bedenken, daß die

ober-schlesische Angelegenheit nur ein neuer Zwischenfall sei. Der Vertrag habe England alle Befriedigung gebracht, während Frankreich für seine Tapferkeit und seine Treue, die viel schwerer gewesen seien, noch heute auf das warre, was man ihm schulde. Der Quai d'Orsay müsse zur rationellen europäischen Politik Frankreichs zurückkehren. Es habe treue Freundschaften namentlich unter den Völkern, für deren Wiederanfrischung es geforgt habe. Der Redner besprach alsdann die Wiederanfrischung der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zum Vatikan und ging dann zur Wiederaufbaufrage über. Sie sei nur zu lösen unter der Mitarbeit aller. Es kam zu einem Vorgespräch mit dem Kommunisten Marcel Cachin, dem Roblemaire vorwarf, er habe seinerzeit in Straßburg mit Tränen erklärt, das sei der schönste Tag seines Lebens. Cachin erwiderte, nach zwei Jahren französischer Politik habe das

Proletariat von Elsass-Lothringen nicht die gleiche Zuneigung für Frankreich bewahrt. Eine ganze Anzahl elsass-lothringischer Abgeordneter, darunter Weiterlé, protestierten dagegen und sprachen zum Teil von einer bolschewistischen Propaganda, die Deutschland bezahlt habe. Der Abgeordnete Roblemaire fährt dann fort und spricht von den Schwierigkeiten einer Befestigung des Ruhrgebietes. Er sagt, man wisse nicht, ob man nicht genötigt sei, bis zur Erde oder zur Oeder vorzurücken. Wenn man aber Gewalt anwenden müsse, um dem Recht zum Siege zu verhelfen, dann würde man dieses Mittel nur gebrauchen im Falle der äußersten Not. Roblemaire empfiehlt schließlich eine Zusammenarbeit mit Deutschland und meinte, die Zukunft gehöre Amerika. Es habe zwar den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet, aber es habe ein Wort mitzureden.

Der Abgeordnete Veyraux erklärte, er werde auf das Wort verzichten, wenn ihm der Ministerpräsident zwei Fragen beantwortet: 1. ob er dasselbe Vertrauen zu den deutschen Ministern Rosen und Rathenau habe, wie zu dem Reichskanzler Dr. Wirth; 2. ob es richtig sei, was in der „Woch. Zig.“ veröffentlicht wurde, daß Dr. Stresemann erklärt habe, man habe gütliche Verhandlungen hinsichtlich Oberschlesiens erhalten.

Ministerpräsident Briand
sagte, er glaube, daß in einer Debatte von so großer Bedeutung es besser wäre, nicht Zeitungsartikel zur Grundlage für die Argumente zu nehmen. Was die Anschuldigungen Stresemanns betreffe, so erkläre er, daß nach der Londoner Konferenz man Deutschland die Beschlüsse der Konferenz übermittelt habe mit der Erklärung, es müsse ja oder nein sagen. Er habe festern zugegeben, daß Dr. Wirth öffentlich erklärt habe, es sei notwendig für das besiegte Deutschland, seine Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen. Er müsse ferner sagen, daß

alle Antworten auf die gestellten Forderungen befriedigend gewesen seien.
Es möge Abende geben, die Hintergedanken hätten.

Dr. Wirth zur Rede Briands.

Berlin, 25. Mai. Ein Mitarbeiter der „Deutschen Woch. Zig.“ hat heute den in Freiburg i. Br. weilenden Reichskanzler um eine Äußerung zu dem auf Oberschlesien bezüglichen Teil der Rede des französischen Ministerpräsidenten gebeten. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte etwa folgendes:

Ich erkenne gern an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen mahenden Ton abgestimmt ist. In der Sache aber geht Herr Briand bei der Begründung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, denen die Tatsachen teilweise widersprechen.

Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien besteht nicht,

daun Oberschlesien ist nicht, wie Herr Briand meint, vor 600 Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern es ist vor 900 Jahren gewaltsam von Polen erobert worden und 200 Jahre später, also vor 700 Jahren, hatte es sich infolge des Bezuges des polnischen Großherzogs Wladislaus Kasanowski, also auf völlig friedlichem Wege, von Polen getrennt. Wenn die Polen, wie Herr Briand weiter behauptet, zur Zeit der Pariser Verhandlungen von 1919 starke Gründe für den Glauben hatten, daß die Abtretung zu ihren Gunsten ausfallen würde, so lühten diese Gründe weder auf der früheren mittelalterlichen Vergangenheit, noch auf der jüngsten Vergangenheit. Denn bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, die Deutschen 70 Prozent. Vielleicht haben die Polen aus diesem Grunde

aber er wolle keinen Tendenzprozeß führen, sondern er wolle nur Realitäten sehen. Die französische Regierung habe ein sehr klares Programm und ihre Entscheidungen seien getroffen. Sie seien Deutschland übermitteln worden. Die Sanktionen könnten angeordnet werden. Der Reichstag habe das Ministerium gebilligt und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands auszuführen. Er habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männern zusammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Er habe aber auch nicht das Recht, ihre Aufgabe zu komplizieren, denn auch sie würde Schwierigkeiten mit der Reaktion haben. Das deutsche Volk beginne, die Augen zu öffnen. Die Mehrheit des Reichstages habe dem Kanzler Vertrauen entgegengebracht. Sie habe gesagt, Deutschland wolle entwaffnen und zahlen. Man dürfe sie nicht entmutigen. Würde man dies tun, so wäre das nicht nur ein Fehler, sondern auch eine schlechte Behandlung. Vielleicht würde man auch in der Welt sagen, daß dieses Frankreich nicht das richtige sei. Man besänke sich jetzt einem Schulden gegenüber, der erkläre, daß er die Bedingungen Frankreichs annehme. Man besänke die nötige Kraft, um zu handeln. Man halte sie in Reserve. Briand fragte, ob es nicht zur Ehre Frankreichs sei, wenn es selbst seine Währung anerkenne. Es sei eine gute Politik. Man müsse an ihr festhalten. (Diese Erklärung des Ministerpräsidenten fand einmütigen Beifall.)

Herr Veyraux erklärte sich von ihr befriedigt. Es sprach alsdann Herr Lacotte von der ängstlichen Reaktion, die sich gegen die englische Politik wandte, was eine Kritik des Kammerpräsidenten war. Auch der Ministerpräsident Briand sagte: Die Minister Frankreichs seien intelligent und flarsend genug, um gewisse Reaktionen gewisser Deputierter auf das richtige Maß zurückzuführen. Der Abgeordnete Lacotte fuhr jedoch fort, England schau anzugehen. Er wurde deshalb vom Kammerpräsidenten zur Ordnung gerufen. Schließlich erklärte Lacotte, er und seine Kollegen würden der Regierung das Vertrauen verweigern. (W. T. W.)

Briands Anhang in der Kammer.

Basel, 25. Mai. Zu der Kammerrede Briands wird den „Baseler Nachrichten“ aus Paris gemeldet, man habe am Schluß der Rede den Eindruck gehabt, daß Briand eine solide Mehrheit erhalten werde. Gegen sich habe Briand die äußerste Rechte und die Gruppe der Clemenceau-Anhänger, die sich um Tardieu und Paniel schart. Für sich habe er die Linke des Hauses, aber man könnte den Eindruck gewinnen, daß die Gegner überwiegen als die Anhänger seien, denn bis jetzt habe noch keine Partei die Parole ausgerufen, für das Kabinett zu stimmen.

Französische Sozialisten und Sanktionen.

Genève, 25. Mai. Die Erziehungskommission haben die französischen Gewerkschaften in ihrer Vorstandssitzung am letzten Sonntag beschlossen, ihre Beziehungen zur zweiten Internationale von der prinzipiellen Ausschließung der deutsch-französischen Streitfragen abhängig zu machen. Die Erziehungskommission steht in dem Beschlusse das endgültige Abtreten der französischen Arbeiter von der gewerkschaftlichen Agitation der Deutschen gegen die Sanktionen.

Genève, 25. Mai. Dem „Temps“ zufolge sind wegen der Haltung der Partei gegen die Sanktionen 11 Mitglieder aus der kommunistischen Parteileitung ausgetreten. Sie begründen diesen Schritt damit, daß sie die Sanktionen für notwendig im Interesse Frankreichs und der Gerechtigkeit erachten.

bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das

Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hoffen, dadurch die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sie sich in dieser Rechnung geirrt haben, und wenn die auswärtigen Stimmberechtigten in ihrer Mehrheit für Deutschland eintraten, so kann nur der geringen Vorwurf der Polen, nicht aber den Deutschen ein Vorwurf daraus gemacht werden. Im übrigen ist es selbstverständlich nicht zureichend, wenn Herr Briand alle überhaupt von den Emigranten abgegebenen Stimmen den Deutschen zuzählt; denn unter jenen befinden sich selbstverständlich auch eine große Anzahl von Ausgewanderten, die für Polen gestimmt haben. Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf Oberschlesien. Sie haben nach dem Abstimmungsergebnis keinen Anspruch auf Oberschlesien; denn die deutsche Mehrheit von fast einer viertel Million Stimmen läßt sich nicht fortbispütieren. Sie haben moralischen Anspruch, da sie durch den Verlust der Gewalt an die Stelle des Rechtes zu setzen versucht haben, und sie haben wirtschaftlich keinen Anspruch, weil die ober-schlesische Industrie von den Deutschen geschaffen worden ist, und weil nach dem Urteil der berühmtesten deutschen Fachmänner die Polen diese blühende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiter zu entwickeln vermöchten. In dem Wunsche finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten einig, daß die Gerechtigkeit liegen muß. Die deutsche Regierung, die sich so anherberndlich zurückhaltend in dieser Frage verhalten und so erhebliche Opfer gebracht hat, darf auch darauf rechnen, daß die endgültige Fregelung der ober-schlesischen Frage in objektiver und gerechter Weise erfolgen wird. Etwas anderes als dies verlangt sie nicht. (W. T. W.)

Briands Sieg?

„Die Ordnung in Oberschlesien ist wieder hergestellt, und alle Welt muß davon befriedigt sein.“ Wer das in Deutschland und in der ganzen Welt noch nicht gewußt hat, der hat es durch Herrn Briand erfahren. Und dieser Satz kennzeichnet den ganzen vorliegenden Geist, der durch die Rede des französischen Ministerpräsidenten geht. Alle die Reden der schwergeprüften deutschen Bevölkerung in Oberschlesien, die furchtbaren Mißhandlungen und Verschleppungen sind vägn; denn Herr Briand hat es freimütig erklärt, daß die französischen Truppen die bedrohten Deutschen geschützt haben. Man weiß nicht, was man dabei mehr anmaßen soll, die Frechheit und Unverschämtheit, mit der der Vertreter der französischen Politik die Wahrheit auf den Kopf stellt, oder die große Geste, die seine Landsleute so sehr lieben, und mit der er ihnen Angenehmes sagt. Ueberhaupt kann man von Briand viel Neues lernen, so z. B. daß Oberschlesien, da es wie ein rein deutsches Land gewesen sei, ein rechtmäßiger Bestandteil Polens ist, zu dem es allerdings nie gehört hat. Wie man Elsass-Lothringen als rein französisches Land von Deutschland ohne Abtretung abtrennen mußte, so hätte auch Oberschlesien von vornherein Polen zugeprochen werden müssen. Das ungeheure Zugeständnis, das man überhaupt in Oberschlesien abstimmen durfte, wird in Deutschland nicht gebührend gewürdigt; denn die unwahnbaren Deutschen wollen sogar, daß das Abstimmungsergebnis auch geachtet wird! Und da wir noch lange nicht an Briandsche Geistesgröße herankommen, verstehen wir auch nicht, inwiefern denn das Abstimmungsergebnis zwischen armen und reichen Gebieten, zwischen armen Polen und reichen Deutschen unterschiedet. Wir verstehen zwar die Verbengung vor der Arbeiterfrage, das Briand gern vor seinen imperialistischen Waagen spannen möchte, sehen aber nicht ein, warum die polnischen Arbeiter ärmer sein sollen als die deutschen Gewerkschafter, ebensowenig wie wir uns die Briandsche Politik zu eigen machen können, daß Polen die deutschen Kohlengebiete zu seiner Lebensfähigkeit braucht, obwohl es noch so ausgedehnte uneröffnete Kohlenfelder besitzt, daß es binnen kurzer Zeit zu einem Kohlenexportland werden kann. Briand hat noch viel Altes und Neues gesagt, was er nicht verantworten kann, aber die Bedeutung seiner Rede liegt mehr in dem, was er nicht gesagt hat. Vor allen Dingen hat er die Entscheidung nicht gefällt, die er hätte fällen müssen und wozu ihn Lloyd George durch seine wiederholten Angriffe drängen wollte, die Entscheidung nämlich, die entweder eine klare Abgabe von seiner vertrauenswürdigsten Gewaltpolitik oder die Anerkennung des starken Gegenstandes zu der englischen Politik enthalten mußten. Aber die Hauptfrage ist, alles ist über das, was er gesagt hat, zufrieden. In England sieht man herauf, daß Briand die Warnungen Lloyd Georges beherzigt hat und daß er gemeinsam mit seinem Entente-Partner den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit gehen will, und in Frankreich erweckt es Freude, daß er die Gefahr einer Verletzung der Entente vermieden hat, ohne im geringsten etwas von dem französischen Standpunkt aufzugeben. Der Engel Briand versteht es absolut nicht, wie man an der Gerechtigkeit und loyalen Durchführung des Vertrages durch Frankreich zweifeln konnte, und wenn man vor der Gefahr eines Bruches der Entente ließe, könne daran nur der mangelnde gute Wille schuld sein, der aber beileibe nicht bei Frankreich zu finden sei. Briand hat sich wieder einmal, und das ist der Enderfolg seiner Rede, im eigenen Lande und England gegenüber maßlos aus der Mäße gezeugen. Er hat die scharfen Warnungen Lloyd Georges lediglich dazu benutzt, die laute französischen Schreier zu isolieren und seine Stellung erneut zu befestigen; denn daß er das Vertrauensvotum erhält, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Durch seine meiterliche Rede hat Briand die Fortsetzung des von Lloyd George begangenen Streites vor aller Öffentlichkeit vermieden und kann ihn nun hinter verblöfften Türen auf der Postlager Konferenz ansprechen, für die er die Karten gut gemischt hat.

Trotz der Haltung Englands und trotz der noch von Lloyd George betonten Einmütigkeit des Urteils der ganzen Welt ist damit die endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage in einem für Deutschland annehmbaren Sinne wieder aufs äußerste gefährdet. Die Finanzsicherung der französischen Kammerdebatte und damit der Postlager Konferenz ist nicht von ungefähr erfolgt. Briand weiß sehr wohl, warum er seine mit Spannung erwartete Rede nicht schon, wie vorgeesehen, am vergangenen Freitag gehalten, sondern seinen Kollegen Louchere mit einer nichtssagenden Rede voranschickt hat. Das Spiel des Ausweichens und Hin- und-Hergerens hat die besten Erfolge für ihn gezeitigt. Am Innern hat er dadurch, daß er sich den Ansichten des harten Mannes gab, der sich zur Austragung des Konflikts mit Lloyd George nicht drängt, seine Position gefestigt, und die wohlbedachtlichste französische Presse hat die Redungen aus dem Quai d'Orsay sehr geschickt aufgenommen, indem alles getan wurde, um die Glühöpfe zu beruhigen. Die ursprünglich wegen der Unzufriedenheit über das Londoner Ultimatum entbrannte Kammerdebatte hat ihr Gesicht während des

langen Einhalten vollkommen geübt. Sie wird jetzt von Oberbefehlshaber befehligt, und der Depuierter Borgeot steht mit seiner Schar, anfangs sehr beifällig aufgenommenen Kritik des Ultimatum nunmehr mit ein paar Freunden allein. Er wird jetzt umföhrer als Schwarzeber bezeugt, als auch der „Antranigant“, das Organ Voincaré, erklärt hat, daß jedes Ministerium, sei es auch ein Kabinet Voincaré, auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen müßte. Ganz in Hand mit dieser Verhüllungsaktion im Innern ging die vollständige Verdrängung der Wahrheit über Oberbefehlshaber. Die aus der furchtbaren Not und der Unterdrückung des Deutschen geborene Selbstbewegung muß dazu herhalten, den politischen Aufstand und die nicht zu rechtfertigenden französischen Freiberden in Vergessenheit zu bringen und die Schuld ausschließlich den „deutschen Völkern“ auszuweisen, die die Verhüllungsaktion über Oberbefehlshaber. So stellt der „Matin“ fest, die Gefahr komme nicht mehr von den politischen Anführern, die den Einwürfen aus Paris und Warschau gehorchen und ihre Demobilisation beginnen, sondern von den deutschen Völkern, die sich jeden Tag unternehmungslustiger zeigen. Es bogelt Vorstellungen und Noten an Deutschland, die sich gegen die „Freiwilligenbewegung“ wenden, und wenn sie auch offenbare Fügen enthalten, wie die von der Anwesenheit des Freikorps Kulack in Oberbefehlshaber, sie dienen doch dazu, das Belurteil gegen Deutschland zu beeinflussen. Die Rede lautet ja zur Genüge, daß es Irland auf ein paar Augen mehr oder weniger nicht ankommt. Irland hofft und vielleicht nicht mit Unrecht, gerade durch diese Politik, die sich gegen angebliche deutsche Hebergriffe wendet, die einigende Plattform zu finden, von der aus England und Frankreich wieder zusammen vorgehen können. Es dürfte auch in England wohl beachtet werden, daß er der Regierung Irish Anerkennung jollt. Der Verdacht, der später folgt, daß er nicht glauben könne, daß die Stunde Frankreichs schon vorübergegangen sei, wenn man an die augenblicklichen Streitkräfte am Rhein denke, die innerhalb von 8 Stunden das Ruhrgebiet besetzen können, wird wohl von England übersehen werden. dürfte aber der Regierung Irish trotz ihrer Verlobung schwer zu denken geben. In England herrscht eitel Freude über Briand's Rede, weil er es vermieden hat, den durch seine Politik bedingten Trennungsdurch zu ziehen, und eine endgültige Einigung von der unverminderten Aufrechterhaltung des französischen Standpunktes nicht danach außer Frage. Ebenso fraglos muß es aber leider auch für uns sein, daß diese Einigung wieder auf Rehen Deutschlands acht.

Irland hat nicht nur im Innern und Deutschland gegenüber die Zeit ausgenutzt, er hat nicht nur den vornehmlichen Völkern nicht gelassen, ihre Stellung mit französischer Hilfe noch mehr zu befestigen, er hat auch unter den Alliierten den Boden zu bereiten, um dem französischen Streben zum Siege zu verhelfen; denn Frankreich und England werden sich mit ihren entgegengesetzten Standpunkten in Douane nicht allein gegenüber stehen. Unter den Vorkriegszeiten Belgien und Italien hat Irland so gut vorgearbeitet, daß die von Lloyd George hervorzuhebende Einigkeit der Alliierten gegen Frankreich schon recht in die Brüche gegangen ist. Darüber dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben. Belgien's Haltung ist nicht zweifelhaft; denn Belgien und Frankreich arbeiten immer Hand in Hand, und wenn es sich auch aus Opportunitätsgründen manchmal der englischen Anschauung geneigt zeigt, so hat doch gerade der Jänner immer einen Vermittlungsversuch bei der Hand, der Irland stets im letzten Augenblick die Partien aufteilt, die Irland braucht, um seine Ansicht durchzusetzen. Wir halten sehr es nicht anders aus, und wir tun auf die scharfe antifranciaische Stimmung der italienischen öffentlichen Meinung keine großen Hoffnungen zu setzen. Wenn jemand anderes als gerade Graf Sforza Italien vertritt, könnten wir noch hoffen, aber Graf Sforza hat sich bisher nicht als der Mann gezeigt, der wärdig und fähig wäre, einen antifranciaischen Standpunkt energisch durchzusetzen, obwohl die italienische Stimme erheblich mehr ins Gewicht fällt, als die belgische. Zudem ist Graf Sforza in den letzten Tagen mit einem Vermittlungsversuch betraut worden, der sich mehr der französischen als der englischen Auffassung zuneigt und der eine ganz unumgängliche Voraussetzung Oberbefehlshaber's bedeuten würde. Wir können also nicht erwarten, daß Graf Sforza nun neuerdings sich unparteilich auf die Seite Lloyd Georges schlagen wird. Neben also nach Amerika und Japan, von denen das letztere sich völlig in Schwächen hüllt, da unmittelbare japanische Interessen nicht berührt werden. Es dürfte sich darum einwand der Mehrheit aufstellen, während Amerika stets erklärt, daß Oberbefehlshaber eine europäische Angelegenheit sei, in der es sich nicht einmische, wenn amerikanische Wirtschaftsinteressen dadurch berührt werden. Und es rückt die Gefahr in bedrohliche Höhe, daß Lloyd George mit seinem Mediationsversuch seine Mehrheit findet, daß auch in dieser so klaren Frage französische Dummheit und Verratpolitik triumphiert. Einem von der Mehrheit gefassten Beschluß über kann sich Lloyd George nicht widersetzen, da er in seiner Rede feierlich verkündet hat, daß er den Beschluß der Mehrheit annehmen werde.

Die Ansicht, der drohenden Entzweiung noch entzinnen zu können, ist darum für uns sehr gering. Das hat uns die Rede Briand's enthüllt. Es rückt sich jetzt bitter, daß der deutschen Regierung anscheinend mehr daran gelegen war, sich durch augenblickliches bedingungsloses Einweichen auf jede französische Forderung das beschämende Vob eines Briand zu erwerben, als durch klares Betonen der deutschen Vorbehalten gegenüber den Anführern und durch eine ungeschwächte Wehrhaltung der deutschen Notwehr, wie sie sich in der auch von England und Italien gebilligten Selbstbehauptung kundtut, dem deutschen Rechtsstandpunkt zum Siege zu verhelfen. Gewiß ist Deutschland eine Heidenkur in dem Kampf, der jetzt um die oberbefehlshaber'sche Frage geführt wird, aber hinter uns steht das Recht des Vertrages und das Recht des Abkommens, das gebietet werden muß und wird, wenn es energetisch genug vertreten wird. Wir können uns jetzt nur an die schwache Hoffnung klammern, daß es vielleicht doch noch nicht zu spät ist für ein letztes Aufstehen der Regierung.

Eine englische Warnung an Polen.

London, 25. Mai. Wie die englische Presse erfährt, wird Lloyd George auf der kommenden Konferenz der Alliierten beantragen, daß man Polen eine Warnung übermitteln sollte, worin die polnische Regierung für alle Schäden verantwortlich gemacht werde, die die Aufständischen in Oberbefehlshaber anrichten. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Karlanin sich von Anfang an auf amtliche Aufträge der polnischen Regierung berufen habe und auch deren Befehle ausführte.

Der Transport der englischen Verstärkungen.

Berlin, 25. Mai. Wie W. T. P. von ausländischer Stelle erfährt, werden die vier englischen Infanteriebrigaden bestimmten Bataillone am 26. d. M. ihren bisherigen Standort verlassen und vermutlich am 27. oder 28. Mai in Oberbefehlshaber eintreffen. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach zuerst nach Oppeln gebracht werden, wo Quartiere für diese Bataillone bereitgestellt werden. (W. T. P.)

Englische Offiziere in Oberbefehlshaber.

Berlin, 25. Mai. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten trifft die Meldung, daß die Selbstschutzorganisation

in Oberbefehlshaber unter der Führung englischer Offiziere steht, nicht zu. Richtig ist nur, daß englische Offiziere sich zur Orientierung bei dem deutschen Selbstschutz aufhalten. Anders verhält es sich mit der von der Interalliierten Kommission zur Verhütung der Apo eingestellten 3000 Mann. Diese stehen unter Führung alliierter, also auch englischer Offiziere.

Fortdauer der oberbefehlshaber'schen Kämpfe.

Oppeln, 25. Mai. Die Drahtverbindung mit dem Andukriegsgebiet ist noch wie vor ununterbrochen. Aus Katowice in Oppeln eingetroffene Bürger berichten über die großen Leiden der dortigen Bevölkerung. In den übrigen Kreisen ist die Lage wenig verändert. Im Kreise Koscuzko unternahmen die Aufständischen mehrere Raubzüge. Uswosjan und Wosjan wurden von ihnen besetzt. Ein weiterer mit starken Kräften geführter Versuch in der Gegend von Jembowit auf Koscuzko überzugehen. Die Aufständischen mußten schließlich den Bahnhof Jembowit räumen. Die Insurgenten wurden bei ihrem Vorbringen durch einen polnischen Panzerzug unterdrückt. In der Gegend von Koscuzko haben sich die polnischen Völkern verstärkt. Bei Dolchowitz, Januszkowitz und Kosau kam es zu heftigen Schießereien. Die Polen verwandten dabei auch Mincwexler. Auch aus dem Kreise Koscuzko werden mehrere Zusammenstöße gemeldet. Die Koscuzkoer Chaussee, sowie die Straße von Koscuzko nach Brzesk wurde hart beschossen. Eine gegen Koscuzko über die Ober vorgeschobene polnische Bande konnte vertrieben werden. (W. T. P.)

Polen bildet weiter Freiwilligenkorps.

Berlin, 25. Mai. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Warschau sind an den Straßencken Aufzüge angeordnet, in denen Freiwillige für Oberbefehlshaber gewonnen werden.

Deutsche Werber werden verhaftet.

Berlin, 25. Mai. Nach einer Meldung des „V. T.“ wurde in Berlin ein gewisser W. Neischer, der versucht hat, ehemalige Baltikum-Truppen für Oberbefehlshaber anzuwerben, auf Anordnung der Reichsregierung verhaftet.

Hilfe für in Not geratene Oberbefehlshaber.

Berlin, 25. Mai. Der Reichstagsabgeordnete Kempf (D. Sp.) hat folgende Anfragen eingebracht: Nach Preisermeldungen und privaten Mitteilungen ist die Not der oberbefehlshaber'schen Flüchtlinge groß. Es scheint daher unbedingt erforderlich zu sein, im weitesten Maße durch Bereitstellung von Geldmitteln einzugreifen. Hat die Reichsregierung schon Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen? Ist sie zu tatkräftiger Hilfe bereit? — Der Reichskommissar für Zivilisolierte und Flüchtlinge hat eine Mitteilung ergeben lassen, wonach zur Schreibung der Notlage, in die unsere Oberbefehlshaber geraten sind, nicht nur hürtschende Mittel zu Gebote stehen, sondern diese auch in der Art zweckentsprechender und befriedigenderweise zur Verwendung gelangt sind, und daß ernstliche Beschwerden von Seiten der Flüchtlinge nicht zur Meldung gekommen seien.

Ein Aktionsausschuß zum Schutze Oberbefehlshaber's.

Breslau, 25. Mai. Die „Schlesische Volkswacht“ erfährt, daß gestern in Oberlagog eine Versammlung der Führer der politischen Gewerkschaften und Parteien statt, um für die Bewehrung des unbefestigten Oberbefehlshaber's einen Aktionsausschuß zu bilden. Der Leiter der Verhandlungen, Reichstagsabgeordneter Pfarrer Mißka, empfahl die Schaffung einer Volkswacht als Grundlage der Selbstschutzorganisation. Diese Volkswacht soll in dem hürtschenden Oberbefehlshaber's neben anderen Aufgaben auch geeignete Maßnahmen treffen, um gegen etwaige neue Angriffe der Polen einen geeigneten Schutz zu bilden. Die Versammlung wählte einen Aktionsausschuß, der aus je 2 Mitgliedern des Zentrums, der Sozialdemokraten, je 1 Mitglied der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und 3 Vertretern der deutschen Volksvereine und des Selbstschutzes besteht.

Die Zukunft der Orgeisch.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
München, 25. Mai. Die bairischen Orgeischverbände haben am Sonntag in München beschlossen, auch nach ihrer Entwaffnung die Mitgliederlisten weiterzuführen, um im Falle innerpolitischer Wechsellagen sofort zur Verfügung der verfassungsmäßigen Regierung zu stehen.

Der Reichskanzler in Süddeutschland.

Berlin, 25. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth hat gestern abend eine Reise nach Süddeutschland angetreten. Die Reise bezweckt Fühlungnahme mit den Regierungen der süddeutschen Freistaaten hinsichtlich der Reparations- und Entwaffnungsfrage. Die Rückkehr Dr. Wirths nach Berlin erfolgt bereits morgen. Am Freitag vormittag beginnt die Aussprache mit den Sachverständigen über das Reparationsproblem im Reichsfinanzministerium.

Der bayerische Ministerrat zur Entwaffnung.

München, 25. Mai. In dem bairischen Ministerrat, der gestern abend stattfand, haben sich die Mitglieder der bairischen Regierung einmütig dahin ausgesprochen, daß in der Entwaffnungsfrage auch in Bayern etwas Positives geschehen müsse, damit dem Reiche keine neuen außenpolitischen Schwierigkeiten erwachsen. Die Besprechungen gelten vor allem auch der Frage, wie die Entwaffnung und Auflösung der bairischen Einwohnerwehren durchgeführt werden kann, ohne daß es dabei zu größeren Meinungen oder Unruhen im Lande kommt. Am Freitag dürfte eine weitere Sitzung des Ministerrates stattfinden. Es wird damit gerechnet, daß über die Entscheidung der bairischen Regierung, sowie über die Art und Weise der Durchführung dessen, was nach dem Ultimatum der Alliierten geboten erscheint, noch in dieser Woche eine Erklärung Bayerns in offizieller Form erfolgen wird.

Sitzung des Pariser Völkchasterrats.

Paris, 25. Mai. Der Völkchasterrat trat heute vormittag unter Vorsitz von Jules Cambon zusammen und nahm Kenntnis von dem Berichte des Flottenkontrollauschusses über die Maßnahmen, welche die deutsche Regierung auf Verlangen der Verbändmächte zwecks Umbau der Dieselmotoren unternommen hat, zu deren Verhinderung Deutschland ermächtigt ist. Er nahm sodann den Bericht des Luftfahrtauschusses über das Inkrafttreten des Luftfahrtabkommens entgegen. (W. T. P.)
Paris, 25. Mai. Die Konferenz in Porto-Rosa ist auf den 15. Juni festgesetzt. (W. T. P.)

Ein neuer Kampf mit Sinnsehnern.

London, 25. Mai. (Mentor.) Ein starker Trupp Sinnsehnern setzte heute unadmitt das große Dubliner Zollgebäude in Brand, das fast ganz zerstört wurde. Es folgte ein Feuerkampf, in dessen Verlauf sieben Sinnsehnern getötet, elf verwundet, 165 gefangen genommen wurden. Die Polizei hatte vier Verwundete. (W. T. P.)

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

London, 25. Mai. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, die Regierung habe beschlossen, die Grubenbesitzer und die Bergleute auf Freitag zu einer Besprechung zusammenzuberufen. (W. T. P.)

Die Aufbringung der Willstarden-Kunzfäden.

Berlin, 25. Mai. Die „Mat.-Ztg.“ veröffentlicht zu dem Frage der Aufbringung der Willstarden-Kunzfäden einen längeren Artikel, in dem behauptet wird, daß sie mit größter Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß eine Beschlagnahme von bisher noch nicht aufgefundenen fremden Wertpapieren erfolgen werde, um zu ermitteln, den an die Entente zu leistenden Teufelzahlungen in vollem Umfang nachzukommen. Die Beschlagnahme dieser Wertpapiere werde vermutlich in derselben Weise erfolgen wie bisher. Die Besitzer sollen vom Reich den vollen Kurswert verüßet erhalten, den dieses auf den ausländischen Börsen erzielte. Dagegen sei noch Auffassung unrichtiger Kreise entgegen veröffentlichten Preisermeldungen eine Beschlagnahme der Edelmetalle und Juwelen kaum durchführbar, da eine Kontrolle über die im Privatbesitz und im Handel befindlichen Güter dieser Art bedeutend schwieriger sei, als die Auffindung der Willstarden, sich der Beschlagnahme zu entziehen.

Darum anschließend wird die Forderung einer führenden Auslandsfirma wiedergegeben, die ihrer anderem ausführt: Daß die Alliierten sich Edelsteine und Perlen nicht zum Vadenpreise in Anrechnung bringen lassen würden, sei ohne weiteres anzunehmen. Den Besitzern würden also bei einer Beschlagnahme Abgangsurteile entfallen. Von Edelsteinen können übrigens nur Brillanten und Smaragde in Frage. Ganz unabweislich aber würde die zu erwartende Preisermelung sein, wenn die deutsche Regierung oder die Reparationskommission nach erfolgter Beschlagnahme den Versuch machen, die Güter im Ausland abzusetzen. Durch das dann erfolgende Ueberangebot würde ein Preissturz eintreten, wie ihn der Auslandsmarkt überhaupt noch nicht erlebt habe, und es ist anzunehmen, daß der deutschen Regierung nur derjenige Betrag in Anrechnung gebracht wird, der tatsächlich erzielt werden kann. Am allerärtschten aber würde sich gegen einen solchen Plan die englische Debeers-Compagnie, die den gesamten Diamantenmarkt kontrolliert und einen starken Einfluß auf die englische Regierung ausübt, iröuben.

Eine Entschließung des deutschen Offiziersbundes.

Berlin, 25. Mai. Der Deutsche Offiziersbund begann heute morgen die Tagung seiner Vollversammlung. Der Bundespräsident, General der Infanterie v. Hüller, verlas eine einstimmig angenommene Entschließung, in der es heißt: In der unerhörten Not unseres Vaterlandes richtet der Bundesrat des Deutschen Offiziersbundes an alle, die zu uns gehören und die zu uns zählen, die bringende Aufforderung: Seigt unseren Feinden die ehrlische Verachtung, die wir ihnen wegen ihrer schmachvollen Vergeßlichkeit eines wehrlosen Kulturvolkes entgegenbringen. Beweist dies auch dadurch, daß wir jeden Verkeh mit Angehörigen der uns feindlichen Staaten meiden. Vermeidet den Ankauf von Waren aus feindlichen Ländern. Seigt, daß uns ein Weis und eine Befinnung besetzt. Wendenet, daß Ihr deutsch seid!

Die „Nationalfönde“ zu den deutsch-dänischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 25. Mai. Zum Beginn der deutsch-dänischen Verhandlungen über die Lösung verschiedener nordschleswigher Fragen schreibt die „Nationaltidende“ u. a.: Die Reden, in denen der Minister des Auswärtigen Scavenius und Geheimrat von Körner in großen Zügen das Programm für die Verhandlungen kennzeichneten, bilden einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der Aussichten für ein befriedigendes Ergebnis der Arbeit in den kommenden Tagen. Scavenius gab einen Kurs an, der sich mit den Wünschen und Hoffnungen des dänischen Volkes für die direkten Verhandlungen vollkommen deckt. Wenn diese dazu führen können, daß die Verhältnisse der Grenzbevölkerung auf beiden Seiten der Grenze so werden, wie sie sein sollen, und daß gleichzeitig die Beziehungen zu Deutschland sich so gestalten, wie sie zwischen Nachbarn sein sollen, wird niemand in Dänemark mehr erwarten oder fordern. Wir und viele andere haben allerdings eine andere Lösung der Grenzfrage gewünscht, jedoch rechnen wir vor allem mit der Grenze, die zur Tatsache geworden ist und schäben vollaus die Bedeutung eines guten Verhältnisses zu unsern südlichen Nachbarn auf der Grundlage der Grenze, wie sie im vorigen Jahre geschaffen wurde. Das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen hängt jedoch in gleichem Maße von der Haltung Deutschlands ab. Die Antwortrede des Geheimrats von Körner begegnet daher größtem Interesse. Wenn die deutschen Unterhändler mit diesem Programm einverstanden sind, scheinen die besten Aussichten dafür zu bestehen, daß die direkten deutsch-dänischen Verhandlungen zu dem von Scavenius angegebenen Ziele führen werden. In diesem Falle wird das Ergebnis unweifelhaft den einschlägigen Beifall des dänischen Volkes finden.

Keine Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 25. Mai. Nach Mitteilungen aus dem Außenministerium ist keine Aufhebung der Zollgrenze am Rhein beabsichtigt, wie einige deutsche Blätter berichteten. Die Frage ist noch nicht unter den Alliierten besprochen worden.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger.

München, 25. Mai. Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger nahm unter überaus starker Beteiligung im großen Saale des Rinkstehaus in Nürnberg einen in jeder Hinsicht harmonischen Verlauf. Dr. Faber, der erste Vorsitzende des Vereins, der in seiner Eröffnungsansprache die sich immer mehr ausweitenden Arbeiten und Bestrebungen des Vereins besonders als Appell an den anwachsenden Nachwuchs der Verlegerschaft wirkungsvoll beleuchtete und die großen nationalen Aufgaben, die den deutschen Zeitungsverlegern gerade heute gestellt sind, hervorhob, wurde aus der Mitte der Versammlung heraus spontan der Dank des Vereins übermittelt. Ebenso einmütig war das Echo, das die vom Vorstand des Vereins vorgeschlagene Entschließung für das bedrohte Oberbefehlshaber'sche fand. Der Verein deutscher Zeitungsverleger gelobt, der oberbefehlshaber'schen Presse in ihrem Kampfe um die Erlösung und in dem Kampfe für die deutsche oberbefehlshaber'sche Heimat treu zur Seite zu stehen.

Als Vertreter des bairischen Handelsministers Dr. Hamm überbrachte sodann Oberregierungsrat Schenk dem Verein den Glückwunsch der bairischen Staatsregierung. Oberbürgermeister Dr. Kuppe sprach dem Verein im Namen der Stadt Nürnberg die besten Wünsche zur Tagung aus. Auch der Regierungspräsident von Wittelshausen, Dr. Haul, der besonders während der Kriegszeit die Presse in ihrer schweren Lage unterstützt und gefördert hat, wohnte den Verhandlungen bei. Zu einer erhebenden Feier gestaltete sich die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Herrn Robert Wagemann und Direktor Helfreich-München, die in diesem Jahre auf die 27-jährige Wiederkehr des Tages zurückzuführen, an dem sie mit anderen führenden Männern der Presse den Verein deutscher Zeitungsverleger gegründet haben. An diesen offiziellen Teil schlossen sich eingehende Referate und Beratungen, bei denen die Väterfrage als besonders wichtige und schwierige Angelegenheit hervortrat. Die Beratungen über das Nachrichtenwesen und wichtige journalistische Fragen, sowie über das Post- und Telegraphenwesen in seinen speziellen Zusammenhängen mit dem Innern und äußeren Weien der Presse usw. erstreckten sich über den ganzen Tag. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Hamburg gewählt. (W. T. P.)

Vertilches und Gächliches.

Die gegenwärtigen Kosten der Lebenshaltung.

Die in den letzten Jahren des Krieges und besonders nach seinem unglücklichen Ausgang auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens zutage getretenen außerordentlichen Preissteigerung war der Ansicht, daß sich Volkswirtschaftler und Statistiker eingehend mit den zum Leben unbedingt erforderlichen Einkommensfaktoren, dem sogenannten Existenzminimum, beschäftigten. Um die durch die veränderte Weltmarktlage, die inner- und außenpolitischen Verhältnisse und die Bewertung der Markt hervorgerufenen Schwankungen in den Kosten der Lebenshaltung hinreichend und vergleichend darzustellen, gibt man zu dem Mittel der Indexziffern, für die als Grundwert ein ganz bestimmter vergangener Termin festgelegt wurde. Welchen die Preise für Lebensmittel, Kleidung usw., so wachst dementsprechend proportional auch die Indexziffer und umgekehrt. Interessante Aufschlüsse über die Kosten der Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie für die wichtigsten Städte des Reiches geben die von Dr. Maria Elsas, Frankfurt a. M., ermittelten und bearbeiteten Indexziffern. Die Indexziffer wurde am 1. April 1919 mit 100 angesetzt. Danach betragen die Unterhaltskosten für die vierköpfige Familie in

	1. 4. 19	1. 1. 21	1. 3. 21	1. 5. 21
Frankfurt a. M.	100	811	207	280
Berlin	100	847	320	308

Für die nachstehenden Städte ist die Indexziffer 100 für den 1. April 1919 keine gemeinsame, sondern nur eine durchschnittliche:

	1. 4. 19	1. 2. 21	1. 4. 21
Dresden	100	465	421
Leipzig	100	447	429
Breslau	90	429	370
Hamburg	107	450	418
München	99	388	319
Stuttgart	90	375	358

Aus diesen beiden Tabellen ist zunächst wieder einmal ersichtlich, daß das Leben in Sachsen, und hier vor allem relativ in Dresden, am teuersten im Reich ist. Die Durchschnitts-Indexziffer für die oben genannten Städte betrug am 1. Januar 1914: 100. Dann aber erkennt man auch deutlich die Senkung der Indexziffer über die Kosten der Lebenshaltung. In Frankfurt a. M. hat sie sich am 1. Mai auf 280 gekürzt. Der Rückgang geht auf die Preislenkung für Nahrungsmittel (um 7,11 Prozent) und Kleidung (um 5,31 Prozent) zurück. Seit dem 1. Nov. 1920, an welchem sie auf 318 stand, ist die Indexziffer zwar mächtig, aber ununterbrochen zurückgegangen. Doch hebt sie heute noch immer 10% mal so hoch wie am 1. Januar 1914. Die Indexziffer hat jetzt ungefähr den Stand vom 1. September 1920 (damals 381) wieder erreicht. Dieser mächtige Rückgang der Lebenshaltung ist in einem gewissen Widerspruch zu dem schlechten Stand unserer Valuta. Wir vermissen die Preislenkung lediglich dem gewaltigen Preisrückgang aller Güter auf dem Weltmarkt, der uns, trotz unserer schlechten Valuta, allerdings dadurch sehr abzumildern vermag, daß die weitere Entwicklung der Preislenkung hängt in erster Linie von der künftigen Bewertung der Mark ab. Es wäre sehr zu wünschen, daß dieser wichtige Faktor endlich durch eine Währungsvereinbarung auf sein normales Maß zurückgeführt würde und daß Wirtschaftlichen dadurch seine Stetigkeit wieder gewinnt.

Bemerkenswert sind Dr. Elsas' Ausführungen über die Preissteigerungen und Preisrückgänge zu einer Zeit, wo der jetzigen, wo sich die Preise in einem gewissen Beharrungszustand, wegen einem geringen Sinken befinden. Die Abnahme der Preise, nämlich Preise für die Abgeltung von Diensten. Werden nun die Löhne, trotzdem das Preisniveau in einem Beharrungszustand eingetreten ist, in die Höhe getrieben, so müssen neue Umlaufmittel in den Verkehr treten. Der Beharrungszustand wird dadurch erneut gestört, die verarbeitete in Umlauf gesetzte Geldmenge ist wieder entsprechend höhere Preise aus. Wenn also nicht die erhöhten Umlaufmittel durch ein entsprechend vergrößertes Handelsvolumen resorbiert werden, dann verringert sich nur die Kaufkraft des Geldes. Daraus ergibt sich die Folgerung: Wenn die Preise einen Beharrungszustand erreicht haben, lösen Lohnsteigerungen bei sonst gleichen Umständen Preissteigerungen aus oder hemmen zum mindesten den Preisrückgang. Allerdings bringen sie, da die Einstellung der Preise nur allmählich erfolgt, insoweit einzelnen Arbeitnehmer-Gruppen Vorteil, als ihre Forderungen zeitlich früher erfüllt werden als anderen; sie profitieren also während einer gewissen Zeit auf Kosten anderer Arbeitnehmer-Gruppen. Die Löhne, die der Forderung nicht angehen, sind, können folglich wirksam heute (im Beharrungszustand des Preisniveaus) nur dann den Vorprung der Preise einholen, wenn die Arbeitnehmer auch bei weiterer Preislenkung imstande sind, einen Lohnabbau zu verhindern, oder wenigstens zu verlangsamen.

Den Führern der Arbeitnehmer ermahnt aus dieser Hinsicht eine verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe. Die Erfahrungen der langen Jahre zunehmender Geldentwertung haben aber den Arbeiter gelehrt, daß die Lohnhöhe allein nicht auslagelagende ist, sondern ebenfalls die Kaufkraft des Geldes. Hieraus müssen die Führer der Arbeitnehmer sich stützen, wenn sie sich verlagern, für unangemessene Lohnforderungen, die auch im günstigsten Falle nur einen nominellen Erfolg zeitigen können, einzusetzen. Andererseits besorgen die Unternehmer einen Irrtum, wenn sie etwa die Zeit schon für gekommen halten, um einen Lohnabbau zu erreichen. Sie würden damit den bestmöglichen Widerstand der Arbeitnehmer entsetzen.

Ehe an einen Lohnabbau herangegangen werden darf, muß unter allen Umständen erst der Lebensstandard der Vorkriegszeit erreicht werden. Im übrigen bräuche es letzten Endes auch den Unternehmern nur Nachteile, wenn der inländische Konsum noch weiter einschrumpft in einer Zeit, in der auch der Export nachzulassen beginnt.

Die Gemeindegruppe Dreißigjährige des völkischen Vaterlandes, die mit der Leitung der im Herbst 1920 ins Leben gerufenen christlichen Elternvereins in Verbindung betraut worden ist, veranstaltete am 20. Mai im Volkshaus Sälen eine Versammlung der christlichen Elternschaft, um zu den bevorstehenden Elternratswahlen Stellung zu nehmen. Nach einem Vortrag des Landesabgeordneten und Stadtverordneten Volz erklärte die zahlreich erschienenen Elternschaft der 4., 22. und 58. Volksschule ihre einstimmige Zustimmung zu den von den Ausschüssen aufgestellten Wahlvorschlüssen, in denen alle Stände vertreten sind. Hierauf berichtete Pastor Unger über den Entwurf des Reichsschulgesetzes, der bereits fertig von den Sekretariatsorganisationen anerkannt worden sei, weil er nicht die weltliche Einheitschule bringe. Da von den letzteren alles versucht wird, diesen Gesetzentwurf an Fall zu bringen, sei es Pflicht der christlichen Elternschaft, sich einmütig mit dem Inhalt dieses Entwurfs zu beschäftigen und für die Erhaltung der christlichen Bekenntnisschule einzusetzen. Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende Entschlüsse an:

Die zahlreich vertretenen Eltern aus den Bezirken der 4., 22. und 58. Volksschule erklären sich mit aller Entschiedenheit für die christliche Bekenntnisschule und lehnen die sogenannte weltliche Einheitschule ab. Sie verurteilen die unannehmliche Ausschaltung von Mitleidungs- und Irrenanstalten durch Lehrer an Kinder, mittels deren die Eltern zur Abwendung ihrer Kinder vom Religionsunterricht anhalten werden. Nach der Reichsverfassung ist Religionsunterricht ordentliches Lehrfach! Den Reichsschulgesetzentwurf halten die Versammelten im allgemeinen für geeignet, das deutsche Volkstum unter Ver-

stimmung und Verhöhnung der Erziehungsberechtigten der Eltern zu realisieren. — Aufsehen der Elternschaft sind die Wünsche des Art. 140 der Reichsverfassung nicht entspricht, wendet sich die Versammlung gegen ihn.

Anmeldung zur christlichen Elternvereinsung — Beträge werden nicht erhoben — werden nach der Geschäftsstelle der Gruppe, Dresden-N., Hauptstraße 11, 2., rechts, erbeten.

— **Russische Kriegsgefangene.** Die Sammelstelle für russische Kriegsgefangene in Chemnitz-Georgsdorf wird am 31. Mai 1921 endgültig aufgelöst und der Betrieb am 28. Mai eingestellt. Etwa noch zurückgebliebene russische Kriegsgefangene, die in ihre Heimat abtransportiert sein wollen, würden unmittelbar dem Lager Altdamm bei Zettin zuzuführen sein. Zur Aufnahme russischer Kriegsgefangener, die auf den Heimtransport verzichtet haben, sind in Dresden die Lager Kassel-Riedererwehren und Gell-Weiden bestimmt.

— **19. Deutsche Nationale Geflügelausstellung Dresden 1921.** Nachdem nunmehr der Präsident des Bundes Deutscher Geflügelzüchter offiziell bekanntgegeben hat, daß die 19. Deutsche Nationale Geflügelausstellung vom 20. bis 28. Januar 1922 in Dresden stattfinden, haben die Vereinigten Dresdener Geflügelzüchter-Vereine die gemeinsamen Vorbereitungen in Angriff genommen. Die führende Rolle der sächsischen Geflügelzüchter-Vereine die Mitgliedschaft der beiden ersten Vorsitzenden der angelegenen Dresdener Vereine, die Verfügung über die einzigartigen besten und geräumigen Ausstellungshallen und nicht zuletzt der gute Ruf Dresdens als Fremdenstadt mögen bei der Wahl entscheidend gewesen sein. Sämtliche Räume des Ausstellungspalastes sind bereits von der Stadt zur Verfügung gestellt. Die Bildung eines Ehrenpräsidiums steht bevor. Selbst die Verbindung der Schau mit einer Industrierausstellung wird erwogen. Die Spezialklubs aller Rassen wählen Spezialrichter und ernennen in der Hauptpresse ihre Mitglieder zu emphyger Arbeit im Nachjahr 1921, auf daß das Bild dieser größten Schau der Tausende von edlen Tieren ein möglichst vollkommenes wird.

— **Die Erhaltung der Ophidruinen,** an der nicht nur Jittau, sondern das ganze Land ein großes Kulturinteresse hat, da die Ruinen mit zu den interessantesten in Deutschland zählen, hat eine wertvolle Unterstützung erfahren. Nach einer Besprechung, die Oberbürgermeister Dr. Kula am 21. Mai im Ministerium des Innern hatte, steht zu hoffen, daß aus öffentlichen Mitteln für die Unterhaltungsarbeiten an den Ophidruinen ein namhafter einmaliger Beitrag zur Verfügung gestellt werden wird. Mit Hilfe dieses Beitrages wird es möglich sein, die schon vor dem Kriege in Aussicht genommenen gründlichen Instandsetzungsarbeiten in Angriff zu nehmen.

— **Die Messerstecherei auf dem Postplatz.** Wegen gefährlicher Körperverletzung hatte sich der 41 Jahre alte, früher vorbestrafte Arbeiter Richard Emil Jäckel vor dem Schöffengericht Dresden zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, daß er am 9. Oktober vergangenen Jahres auf dem Postplatz mit seinem Messer dem Reichswehrsoldaten Rammelt eine gefährliche Stichwunde beibrachte habe. Das Gericht war von der vollen Schuld überzeugt und erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, wegen der Strafhöhe erfolgte die sofortige Inhaftnahme des Angeklagten.

— **Meisen.** Das Ludwig-Richter-Fest, das hier am 4. Juni gefeiert werden soll, ist nunmehr im Entwürfe fertig. Die Dresdener Gäste werden im Sonderdampf und allenfalls im Sonderzuge zum Feste kommen, das nachmittags 3 Uhr beginnt. Die Begrüßung der Dresdener Gäste erfolgt am Landungsplatz durch junge Damen, die hier den ersten Meisen tanzen und dann gemeinsam mit einer vollständigen Musikbande den Zug nach dem Hauptmarkt führen. Die mit der Eisenbahn eintreffenden Besucher werden durch Wandervogel-Gruppen ebenfalls begrüßt. Die farbigen Festgruppen ziehen sich nachher in den Zug ein, den Stadtpfeifer in Viereckeltracht emporführen zum Dom in Domgarten. Die nun folgenden Stunden bieten ein buntes Jahrmarktsspiel, mit Verkaufs- und Glücksspielen, mit Kinderreigen, Hans-Sachs- und Puppenspiel, mit lustigem Zirkus und anderen Volkstheaterfreuden. Endlich wird Gelegenheit sein zum allgemeinen Tanz. Die Oberleitung des Festes liegt in den Händen des Direktors der Manufaktur Pfeiffer, den von Dresden aus die Leiter des Heimatfestes unterstützen.

— **Großraupa.** Das in dem früheren Sommerfrischengartenhaus „Forshaus“ für den Bezirk Pirna errichtete Kindererholungsheim ist am Montag seiner Bestimmung übergeben worden. Zu der Weihfeier hatten sich eine Anzahl Herren, die zu der Bezirkswohlfahrtspflege in Beziehung stehen, eingeschrieben, ferner einige Damen von der Leitung der Quäkerkolonie in Sachsen aus Dresden, Ende voriger Woche sind in das Heim bereits 30 Kinder eingezogen.

— **Sebnitz.** Wie schon in vorerwähnter, so wurden auch in der letzten Stadtvollversammlung auf kommunalistischen Antrag Rühner im Sitzungssaal selbst zugelassen. Die Rühnerlichen verließen darauf den Saal, nachdem in ihrem Auftrag Stadtv. Dr. Grill Einspruch gegen diesen Beschluß erhoben hatte.

— **Tharandt.** Durch ein anonymes Schreiben wurde der Polizei angezeigt, daß sich in der Wohnung eines hiesigen Einwohners im Babelsberg größere Mengen Weis befinden. Eine Untersuchung ergab die Richtigkeit der Angaben. Es konnten etwa acht Zentner feinstes weißes Mehl, Weizen und ein großer Vorrat Speiseöl beschlagnahmt werden. Da der Wohnungsinhaber bei einer Dresdener Wäsche beschäftigt ist, besteht der Verdacht, daß die Sachen von ihm auf unehrliche Weise erworben worden sind.

— **Schwarzenberg.** Das Wohnhaus des Witwarenhändlers Schneider in Schwarzenberg-Sachsenfeld ist völlig niedergebrannt. Von dem Mobiliar konnte nur sehr wenig gerettet werden. Die Feuerwehr war am sofortigen Eingreifen verhindert, da das Schloß des Hauses mit Holz verköpft worden war, so daß die Tür nicht geöffnet werden konnte. Erst nach Aufsprengen der Tür war es möglich, die Spritze herauszubringen.

— **Huerbach i. S.** Die Wahl des zweiten besoldeten Stadtrates ist nunmehr von Stadtverordnetenkollegium vollzogen worden und auf Direktor Malsahn aus Vörsitz gefallen, nachdem Ratssassessor Dr. Richter in Dresden seine Bewerbung zurückgezogen hatte. Noch am demselben Abend legten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen gegen die Wahl Protest ein, dessen Begründung sie sich vorbehalten.

— **Schöffengericht.** Der Lehrling Fritz Hlbe hat dem Inhaber einer bekannten Handlung photographischer Artikel nach und nach 21 Apparate im Werte von rund 30000 Mk. und gab sie an seinen Bruder, den Handlungsgeschäftigen Johannes Hlbe, bzw. den Laboranten Herbert Müller zum Weiterverkauf. Das Schöffengericht verurteilte H. zu drei Monaten, wegen Diebstahl dessen Bruder zu zwei Monaten und Müller zu sechs Wochen Gefängnis. — Einen großen Vertrauensbruch verübte die 24 Jahre alte Wirtschaftlerin Anna Emma Frank, die bei einem Kaufmann in der Palmstraße die häuslichen Arbeiten verrichtete, und dabei Kenntnis erlangt hatte, daß er im Säckel Bargeld aufbewahrt. Die Frank stellte vom Säckel ein wenig Geld abdruck her, nach dem ihr Schwager, der Händler Heinrich Emil Bauer, einen Nachschlüssel anfertigen ließ. Die Vertrauensrau, eine Schwester der Frank, öffnete dann den Säckel und entnahm daraus über 10000 Mk. Bargeld. Davon borgte die ledige Frank dem Nordbinder Gustav Adolf Münch, der vom Diebstahl Kenntnis hatte, 12000 Mk. Das Schöffengericht verurteilte Frau Bauer, die schon wiederholt vorbestraft ist, wegen Rückfalldiebstahls zu 14 Monaten, ihre Schwester und den Gemann Bauer zu je 10 Monaten, und wegen Diebstahl Münch zu sechs Monaten Gefängnis.

Bermischtes.

— **Einstellung des Verfahrens gegen die Kronprinzessin.** Das Verfahren gegen die frühere Kronprinzessin wegen Verleumdung von Kapital im Ausland durch das Bankhaus Gruber u. Co. ist nach einem eigenen Protokoll eingestellt worden. Die Unterlegung soll die Unschuld der Kronprinzessin an den Vermögensveränderungen Grubers erweisen haben. Die Beschlagnahme des Vermögens ist durch den Gerichtsbeschluß aufgehoben.

— **Aus dem Johanniter-Orden.** Sicherem Vernehmen nach wird im laufenden Jahre wieder eine Beförderung zahlreicher Johanniter-Ehrenritzer zu Rechtsrittern durch Ritterkolleg stattfinden, nicht nur, wie im Vorjahre, durch bloße Ausbändigung der Ernennungsurkunde nach Unterzeichnung des Weisbuchs. Der letzte derartige „Ritterschlag“ hat, wie es heutzutage üblich war, in der Kirche zu Sonnenburg stattgefunden und zwar 1914. Ob der diesjährige wieder in Sonnenburg vor sich gehen wird oder an einem anderen Orte, scheint noch nicht festzustellen.

— **Die diesjährige Pfingsttagung der Deutschen Landmannschaft (Lob u. G.)** stand im Zeichen des Rückschlusses an Deutschland. Es wurden sechs Landmannschaften aus Wien, Graz und Prag zugelassen. In Breslau wurde die freie Landmannschaft Marku-Borussia, in Hannover die Landmannschaft Freila, in Stuttgart Borussia und an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim die Landmannschaft Franconia zugelassen. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Deutschen Landmannschaften für sozialen Ausgleich und soziale Fürsorge eintreten; die Jugend wird gewarnt vor übermäßigem Alkoholgenuss, vor dem Besuch leichtfertiger Vergnügensstätten, und man verlangt Sparsamkeit und Einfachheit in der Lebensführung. Es wird staatsbürgerliche Erziehung einer akademischen Jugend verlangt. Die deutsche Landmannschaft fordert Achtung vor dem Gesetz, Pünktlichkeit und Arbeitsfreudigkeit, strenge Arbeit und Stillschick, Beharrlichkeit und Mut. So hofft die deutsche Landmannschaft, die mit 91 Landmannschaften an Universitäten und Hochschulen eine achtunggebietende und einflußreiche Macht im studentischen Leben darstellt, beizutragen zur Wiederherstellung unseres teureren Vaterlandes.

— **Stapelung des Ueberlebensdampfers „Martha Demisch“.** Auf der Werft der Deutschen Werke A.-G. und der Reichswerke ist einer Meldung aus Kiel zufolge, der 8800-Tonnen-Dampfer „Martha Demisch“ von Stapel gelassen.

— **Politischer Selbstmord.** Nach einer Meldung des „L.“ aus Rom sollte der angehob für das „Domburger Fremdenblatt“ und die scheidende „Politik“ tätige Dr. Fricke, ein gebürtiger Deutscher, ausgemordet werden. Dr. Fricke, der des Politisismus verdächtigt ist, verarbeitete sich auf der Polizeiwache.

— **Feuer in einer Ueberlandzentrale.** Seit Mittwoch mittag steht die Ueberlandzentrale in Dörfel bei Helmstedt in Flammen. Das Feuer ist auf das Turbinenhaus übergesprungen, das vollständig außer Betrieb ist. Die an die Ueberlandzentrale angeschlossenen Druckmaschinen und Betriebe bis nach Magdeburg sind vollständig ohne Licht und Kraft.

— **Großbrand in Goidms.** In der Nähe des Bahnhofes sind sechs Lagerplätze und eine Möbelfabrik sowie ein Lebensmittelgeschäft in Brand geraten, wobei nur ein kleiner Teil der Borräte gerettet werden konnte. Der Schaden wird vorläufig auf annähernd drei Millionen Mark geschätzt.

— **Millionenschwindel mit Froisforten.** Bei dem Magistrat Mariendorf wurde ein großer Froisfortenschwindel aufgedeckt. Der Marktbeamte Wittip hand mit einer großen Anzahl von Bäckereiwirkern in Verbindung, denen er gegen Bezahlung Froisforten verabfolgte. Im Laufe der Jahre hat der Schwindel einen Umfang angenommen, der einen Reibherren der Mariendorfer Magistratskasse von 1 1/2 bis 2 Millionen Mark ausholte. Wittip ist seit der Aufdeckung des Schwindels flüchtig. Hiesig Mariendorfer Bäckereiwirkler haben bereits gefordert, mit dem ungetreuen Beamten zusammen gearbeitet zu haben.

— **Die alljährliche 19. In Marielle** besteht ein „Club der 19“, dessen Mitglieder am 18. eines Monats geboren sind, der am 18. in jedem Monat seine Sitzungen hält und 19 Mitglieder besitzt. Um ihre Veranlassung am 18. Mai würdig zu begehen, unternahmen diese kühnen Bekämpfer des Ueberlebens eine Fahrt nach Monte Carlo, um die Grandtaxis ihres Clubs am armen Tisch zu beweißen. Sie kamen in einem Wagen angefahren, der die Nummer 13 trug, und begannen ihr Spiel um 13 Uhr 13 Minuten, also mittags 1 Uhr 13. Jedes Mitglied setzte 1900 Franken auf die Zahl 13. Und siehe da! Das Vertrauen, das der Club schonungslos auf diese ominöse Zahl setzte, wurde nicht zuwider. Die Einsätze kamen mit einem bedeutenden Gewinn heraus, und jedes Mitglied des Clubs der 19 gewann auf diese Weise 50000 Franken. Das glückliche Ereignis wurde dann bei einem guten Essen gefeiert, das für die 19 Personen 1900 Franken kostete und bei dem die 19 behaglich miteinander zu Tisch saßen.

— **Die denähtige Wäsche.** Allen Kahlköpfigen verspricht Hoffnung und Hilfe der Neuworfer Arzt Dr. James Thompson, der eine Maschine zum Aufnehmen von Haaren auf Maschinen erfunden hat. Eine sehr feine Nadel, die durch Feuchtigkeit in Tätigkeit gesetzt wird, kann in einer Stunde hundert Haare auf dem Kopf „befestigen“. Die Maschine wurde bei dem Jahresessen des Neuworfer Kahlköpfigen-Clubs vorgestellt, und nach dem Essen nähte der Erfinder auf die strahlenden Köpfe von acht Mitgliedern ein Haar an. Man will nun die Folgen dieser Probeur ein Jahr lang abwarten, und es sollen bei der nächsten Jahresversammlung Preise verteilt werden an diejenigen, die dann die meisten und die schönsten Haare haben. Die Preisverteilung wird gewiß am nächsten — 1. April stattfinden!

Bett-Wäsche

Qualitätswaren: Bezüge mit Kissen u. Ueberdeckelgücher mit Kissen u. Betttücher u. Kamelhaar- und Daunendecken

Leinenhaus
Wallstraße 6

R. Hecht

Meine Schaufenster-Auslagen zeigen stets besonders vorteilhafte Tages-Angebote

Bei sprödem Barthaar

und empfindlicher Haut probieren Sie die neue haarverwöhnende überfettete Haarseife „L'Oréal“ von 3 M. Gabelhals, Gabelhals, Schmeißer, Kuller, Verlan nach auswärts.

Erwerben Sie: Gabelhals, Dresden-N., Hauptstr. 22.

Probe-Zigarren und -Rauchtabak!

Einige Kuller von der Zwangswirtschaft für Tabak zum 1. Juli 1921 die alljährliche Zigarrenausstellung Ernst Gruber & Co., gr. 1901, Bremen 23, in der Lage, ihren nach vielen Tausenden abgeführten Kundenkreis zu erweitern. Herren, die ihren Besuch bedeutend verbessern, oder trotzdem viel Geld sparen wollen, werden zu einem Probiergang eingeladen. Probierpaket „Jaguna“ 10 Zigarren à 5 Stück à 2.- Mk. 20 Stück à 4.- Mk. Probierpaket „Jaguna“ 5 Zigarren à 5 Stück à 2.- Mk. 10 Stück à 4.- Mk. Probierpaket „Jaguna“ 5 Zigarren à 10 Stück à 2.- Mk. 10 Stück à 4.- Mk. Probierpaket „Jaguna“ 5 Zigarren à 10 Stück à 2.- Mk. 10 Stück à 4.- Mk. Probierpaket „Jaguna“ 5 Zigarren à 10 Stück à 2.- Mk. 10 Stück à 4.- Mk. Probierpaket „Jaguna“ 5 Zigarren à 10 Stück à 2.- Mk. 10 Stück à 4.- Mk. Probierpaket „Jaguna“ 5 Zigarren à 10 Stück à 2.- Mk. 10 Stück à 4.- Mk.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachjen im April 1921

Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung. Der Arbeitsmarkt in Sachjen hat im Monat April, wenn man nur die Zahlen der bei den Arbeitsnachweiser...

Die Eigenen geben sie aber nur zögernd heraus. Manufaktur und Erzeugnisse hatten kleines Geschäft, bei unveränderten Forderungen...

Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Hamburg-Berlin. Das Institut veröffentlicht im Anzeigenteil seinen 11. Jahresbericht. Für die Bank, so wird darin u. a. ausgeführt...

Jubiläum der Schlabitz-Werke, Aktiengesellschaft, Dresden. Dieses Jahr feiert die Firma O. W. Schlabitz beherrschende Werk...

Aktiengesellschaft für Feder-Maschinen- und Militär-Effekten-Fabrikation (vorm. Heinrich Thiele) in Dresden. Die in Gegenwart von 13 Aktionären mit 1888 Stimmen unter Vorsitz...

Europäischer Hof, A.-G., in Dresden. In der 20. ordentlichen Generalversammlung wurde in glatter Erledigung der Regularien...

Ergebnis der Dynamitfabrik A.-G. Weyer in Sachjen. Der Aufsichtsrat bringt der auf den 11. Juni einberufenen Hauptversammlung...

Braunschweiger Werke Leonhard, A.-G., in Hildesheim. Durch das Bankrott Philipps Timmerer wurden an der heiligen Wörte...

Bergmann-Electrical-Werke, Aktiengesellschaft, Berlin. Nach dem Niederschlagsbericht der Direktion war die Geschäftslage im abgelaufenen 3. Geschäftsjahre nicht einheitlich...

Verbindungen, trotz des eingetretenen Rückganges im Wiederanfangsgeschäft zu verzeichnen hatte. Der Umsatzüberschuss einschließlich...

Der Hansa-Bund zum Fernsprechtagefest. Der Hansa-Bund richtet an seine Mitglieder die Aufforderung, ihre Gedanken gegen den von der Reichsregierung...

Dresdner Börsen-Bericht vom 25. Mai. Table with columns for various stocks and their prices.

Leipziger Kurse vom 25. Mai. Table with columns for various stocks and their prices.

Leipziger Wollmarkt vom 24. Mai. (Preise für 100 kg in Mark.) Table with columns for wool prices.

Konkurrenz, Zahlungsansprüche usw. Angerückte Kaufmann Arthur Schuppe, Charlottenburg...

Nußbaum & Rothschild, Bankgeschäft, Magdeburg-A.

Filiale Leipzig, Harkortstraße 1, gegenüber dem Reichsgericht. — Tel. 6167.

Table listing various bank services and products offered by Nußbaum & Rothschild, including interest rates and terms.

Bei allen Geschäften sind wir ausschließlich eigenhandelnde Selbstkäufer, resp. Selbstverkäufer, niemals Kommissionäre.

